

Wir empfehlen eine Veranstaltung des Forum GEGENARGUMENTE/AANO:

Wirtschaftskrieg gegen Russland: Die Verwendung der Wirtschaft als politische Waffe

Vortrag & Diskussion
(in Kooperation mit der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT)

Dienstag, 9. Dezember 2014, 19 Uhr · Universität Hamburg,
Philosophenturm, Hörsaal G, Von-Melle-Park 6

Deutschland, die EU und die USA tragen mit wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland eine Konfrontation aus, die Merkel und Obama selbst mit Krieg vergleichen, indem sie beteuern, sie wollten weder auf einen neuen „kalten Krieg“ noch eine „militärische Lösung“ hinaus. Wenn Merkel Russland „inakzeptablen Einsatz von Macht“ in der Ukraine-Auseinandersetzung vorwirft und Obama das bestrafen will, machen sie klar, warum sie ihr eigenes Vorgehen für etwas wie Krieg halten: Russlands Gebrauch von Macht und *seine Macht als solche* sind es, was der Westen „nicht hinnehmen“ will.

Zu einer Machtfrage mit Russland haben die EU und die USA ihre Politik vorangetrieben, die die Ukraine dem Westen zuordnen will und Russlands Ansprüche damit bestreitet. Dagegen beharrt Russland auf seinen „vitalen Interessen“ an der Ukraine, annektiert die Krim und kämpft um mindestens einen neutralen Pufferstaat zum Machtbereich der NATO.

Die Regierungen der USA und Europas nehmen Russlands Beharren auf „Einfluss“ als grundsätzlichen Angriff auf sich. Und ebenso grundsätzlich, wie sie Russland verurteilen, antworten sie auch: Mit einem umfassenden Programm zur Schädigung der russischen Macht.

EU und USA beschließen *Wirtschaftssanktionen* mit *Eskalationsstufen* und weisen diesen ausdrücklich die Aufgabe zu, Russland so zu schädigen, dass es seine Ansprüche aufgibt. Russland den Einkauf benötigter Waren auf dem Weltmarkt verwehren, russische Vermögen auf westlichen Konten beschlagnahmen, vereinbarte Kapitalinvestitionen in Russland abbrechen, Russland schrittweise vom westlichen Geld- und Kreditverkehr ausschließen: alle diese Sanktionen sollen die ökonomischen Grundlagen der russischen Macht dezimieren; und sie sollen der Staatsführung die Lehre erteilen, dass sie sich machtvolle Einsprüche gegen die USA und die EU nicht leisten kann. Der Westen setzt also die Wirtschaft als Waffe ein und führt einen *Wirtschaftskrieg*. Die wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen sollen, wie Obama sich ausdrückt, die Wirtschafts- und Militärmacht Russland, die noch in internationalen Gremien als Mit-Aufsichtsmacht der Weltordnung agiert, auf Rang und Gewicht einer „Regionalmacht“ zurückwerfen, die sich ihre Rechte von außen zuweisen lässt.

Wirtschaftssanktionen gelten den einen als besonnen: „Besser sie kappen Wirtschaftsbeziehungen, als dass sie schießen!“ Andere beklagen die Schäden, die dieses Vorgehen an der europäischen Wirtschaft anrichtet, und mahnen Zurückhaltung an. Kein bisschen denkt die öffent- →

Wirtschaftskrieg gegen Russland ... Fortsetzung von Seite 1

liche Meinung darüber nach, dass hier die Wirtschaftsbeziehungen – sonst der zivile Inhalt, für manche auch die geschätzte Garantie des friedlichen Verkehrs zwischen den Staaten – nun als zerstörerische Macht und Kampfinstrumente zum Einsatz kommen – in der Hand der westlichen Staaten, die allen Nationen gegenüber als Garanten der weltweiten freien Geschäftemacherei agieren.

Dabei könnte besonders zu denken geben, dass Merkel und Obama das Vorgehen gegen Russland zu einem Fall für Grundsätzliches erklären: Russland habe „Regeln der Staatenordnung“ verletzt, und bekomme nun die „Stärke des Rechts“ spüren.

Was sind das für Auskünfte über den „freien und

friedlichen Weltmarkt“? Was ist das für ein wirtschaftlicher Verkehr zwischen „offenen Volkswirtschaften“, wenn über ihn der Handel mit Waren, Geld und Kapital zum Hebel wird, die Grundlage von Nationen anzugreifen?

Was ist das für eine „internationale wirtschaftliche Kooperation“, in der Staaten Machthebel gegen andere zielstrebig ansammeln und diese einsetzen, um bei konkurrierenden Nationen genau das – einen Zugewinn an Machtmitteln – zu unterbinden?

Was ist das für eine „Ordnung der Weltwirtschaft“, in der die EU-Staaten und die USA sich das Recht geben, solche Machtfragen zu entscheiden?

Es weihnachtet:

Spenden gegen Welthunger?

1.

Wer hätt's gedacht, dass in einer Welt jederzeit voller Supermarktregale, immer produktiverer Landwirtschaft und unbenutzter Arbeitskraft im Überfluss (und in der Marktwirtschaft wird mit Reichtum in ganz anderen Dimensionen angegeben!) die Ernährung der Menschheit „möglich“ ist! Selbstverständlich ist das „möglich“!

2.

Wer zum Spenden von Geld aufruft, dem ist auch geläufig, warum das Mögliche nicht wirklich ist: Wer das Geld nicht hat, um sich das Lebensnotwendige zu kaufen, kriegt nichts zu beißen. Das hat seinen Grund darin, dass das Lebensnotwendige in der Welt der Marktwirtschaft überhaupt für keinen anderen Zweck produziert wird als für den Verkauf. Wenn aber alles nur zum Gelderwerb hergestellt wird, und gar nicht erst produziert wird, wenn es sich nicht verkaufen lässt, dann gibt es auch nicht „genug zu essen für alle“.

3.

Diese Systemnotwendigkeit der marktwirtschaftlichen Armut hält keiner für befassenswert, weil die zivilisierte Menschheit lieber konstruktiv nach vorn“ denkt und sich fragt, wie man persönlich ganz konkret der Armut, die es „nun mal“ gibt wie alles, was sonst so vom Himmel fällt, entgegenwirken kann. Der Glaube an das Dogma, „Mit Ihrer Spende“ könne der globalen Marktwirtschaft der Hunger weggekauft werden, feierte in Gestalt der Welthungerhilfe schon 50-jähriges Jubiläum – lässt sich also nicht dadurch beirren, dass nach einem halben Jahrhundert Spendensammeln immer noch inmitten wachsenden Reichtums gehungert wird. Soll jetzt der Ausschluss der zahlungsunfähigen Hungernden vom Lebensnotwendigen bis in alle Ewigkeit mit privater Mildtätigkeit begleitet werden?! Geht es nach den Spendenaufrufen und den weihnachtlich gestimmten Spendern auf alle Fälle!

Vorankündigung! Neuer Lektürekurs „Karl Marx – Das Kapital, Band I“

Beginn: April 2015, nähere Informationen ab Februar 2015 unter
www.gegenargumente-hamburg.de

Der Bundesverband Deutsche Tafel präsentiert: Gute Werke, die „die Pflichtvergessenheit der Herrschaft offenlegen“

Angesichts des marktwirtschaftlichen Phänomens, dass Lebensmittel zwar im Überfluss vorhanden, aber zum Verkaufen da sind, weshalb alle diejenigen, die sich das Essen nicht leisten können, hungern müssen, hat der Bundesverband Deutsche Tafel (BDT) eine bestechende Idee für ein gutes Werk: Er sammelt auf der einen Seite Lebensmittel ein, die zum Wegwerfen bestimmt sind, weil mit ihnen kein Geld (mehr) zu verdienen geht, deren Eigentümer aber zu spenden bereit sind, weil das ihr Geschäft nicht schädigt, um sie auf der anderen Seite an Bedürftige zu verteilen. Das tut der Verband seit 1993 – und verzeichnet seitdem nicht nur ein stetes Wachstum der Nachfrage, so dass er heute mit mehr als 900 Tafeln bundesweit regelmäßig über 1,5 Millionen Bedürftige versorgt; auch hinsichtlich des sozialen Charakters ist sein Empfängerkreis deutlich bunter geworden: Waren anfangs noch Obdachlose die Hauptabnehmer, so sind es inzwischen z.B. ALG-II-Empfänger, Alleinerziehende, Studenten, Beschäftigte, Flüchtlinge und, nicht zuletzt, viele, viele Kinder.

Die Arbeit geht dem BDT also absehbarerweise nicht aus – aber eine Gefahr bei der flächendeckend organisierten Mildtätigkeit entdeckt sein Vorsitzender Jochen Brühl schon:

„Die Politik darf sich nicht auf dem Engagement der Zivilgesellschaft ausruhen.“ (SZ, 27.05.)

Offenbar tut sie es. Offenbar entdecken diejenigen, die ihrer Gesellschaft eine Wirtschaftsweise aufherrschen, in der nur ein zahlungsfähiges Bedürfnis zu dem Seinen kommt, in der privat initiierten Mildtätigkeit gegenüber den vielen Armen, die sich notwendigerweise ansammeln, eine sehr begrüßenswerte Sache. Solche aus persönlichen Beweggründen zustande gebrachten Hilfsdienste bringen nämlich keinen einzigen Sachzwang der Marktwirtschaft durcheinander, entlasten aber den Staat ein Stück weit von Kosten und Aufwand der Verwaltung verelendeter Volksteile. Die Tugend braver Bürger, angesichts der notorischen gesellschaftlichen ‚Missstände‘ Privatinitiative zu ergreifen und ehrenamtli-

ches Engagement zu zeigen, wird deshalb von oberster Stelle goutiert, z.B. mit Verdienstorden des Bundespräsidenten oder Schirmherrschaft der Kanzlerin. Der BDT nun weiß also um diesen zynischen Umgang der Politik mit der privaten Mildtätigkeit; er *durchschaut* die Funktionalisierung von Vereinen wie dem seinen für die Entlastung des Staatshaushalts von Almosen für die Armut, wenn er die Obrigkeit anklagt, dass sie sich auf dem ehrenamtlichen Engagement „ausruhen“ würde.

Das ist das eine. Das andere ist der Standpunkt gegenüber der Staatsgewalt, den der BDT zugleich sehr selbstgewiss mit seiner modalen Wendung „...darf sich nicht...“ zum Ausdruck bringt und geltend macht: dass die Obrigkeit nämlich eigentlich damit beauftragt wäre, die „Ursachen von Armut“ zu bekämpfen und eine soziale „Verantwortung und Fürsorgepflicht“ zu praktizieren, aus der sie sich nicht stehlen dürfe. Der negative Befund über die wirkliche Praxis des Regierens, zu dem der BDT selber gelangt; sein eigenes Bewusstsein davon, dass Vereine wie der seine gerne als nützliche Idioten billiger Armutsbetreuung funktionalisiert werden, widerspricht zwar diesem der Staatsgewalt zugesprochenen sozialen Auftrag ziemlich fundamental, und verweist darauf, dass sie ihre Macht ganz anderen Dingen widmet. Das hält der Verband aber überhaupt nicht für einen Einwand gegen seinen Maßstab, an dem er den Staat misst, sondern für ein Dokument dessen, dass die praktizierte Politik sich an dem vergeht, was sie eigentlich zu tun hätte. Nämlich dem idealistischen Bild von Herrschaft zu entsprechen, in welchem der BDT diese als „Bekämpferin“ von Armut zeichnet:

„Die Tafeln können Armut nur lindern, aber nicht ihre Ursachen bekämpfen. Das ist Aufgabe des Sozialstaates.“ (Vorsitzender Brühl, Pressemitteilung 26.05.)

Die Erkenntnis über die Macht des Staates, dass diese so ungleich viel nachhaltiger auf gesellschaftliche Verhältnisse einwirkt als es privat organisierte Mildtätigkeit je vermag, führt beim →

Deutsche Tafel ... Fortsetzung von Seite 3

BDT deshalb nie und nimmer zu dem Schluss, dass Armut dann möglicherweise das *Resultat* seines Wirkens ist. In dem idealistischen Bild vom „Sozialstaat“ steht laut Auskunft des Verbandes der menschenfreundliche Auftrag dieser Machtinstanz über bürgerliche Lebensbedingungen felsenfest. Er erklärt sich die Tatsache, dass sich immer mehr Menschen um seine Tafeln drängeln, ganz aus der Verantwortungs- und Tatenlosigkeit der Obrigkeit. In der *Anklage* der *praktizierten* Politik, der er nicht genug Schlechtes nachzusagen weiß, drückt er so sein fundamentales *Vertrauen* in den Staat und dessen „eigentliche“ Ziele und Zwecke aus.

Das hat genau eine praktische Konsequenz. Nicht für die Ausübung der Staatsgewalt, aber für das Aufgabenspektrum und das Auftreten des BDT. Arme werden nicht mehr bloß gefüttert, sondern sorgfältig gezählt und katalogisiert, damit der Verband mit diesem Material seiner Obrigkeit als ihr

schlechtes Gewissen und sie belehrende Instanz gegenüberreten kann:

„Wir erleben, dass Armut und Armutsbedrohung weiter in der Gesellschaft verbreitet sind als die Bundesregierung in ihrem Armuts- und Reichtumsbericht vermittelt... Die Tafeln sind eine Kompassnadel für gesellschaftliche Entwicklungen. Bei uns wird die Not der Menschen sichtbar. ... Die Politik darf hier nicht einfach wegsehen.“ (Ebd.)

Der tiefere Sinn der Dauerübung, einer Instanz, der man bescheinigt, Armut zu beschönigen oder „*einfach wegzusehen*“, noch drastischere Armutszahlen und die Aufdeckung vielfältiger gesellschaftlicher Fehlentwicklungen öffentlich entgegenzuhalten, liegt einzig und allein darin, den unbezweifelbar guten Auftrag der Herrschaft dadurch zu bezeugen, dass man zeigt, wie sehr er von der Obrigkeit mal wieder nicht verwirklicht worden ist. (Aus **GEGENSTANDPUNKT 3-14**)

Buchtipps



Margaret Wirth / Wolfgang Möhl:
„Beschäftigung“ – „Globalisierung“ –
„Standort“ ... Anmerkungen zum
kapitalistischen Verhältnis zwischen
Arbeit und Reichtum
 132 Seiten, € 10, ISBN 978-3-929211-14-6

Alle brauchen Arbeit – viele finden keine. Man kann das für ein soziales Problem halten und sich vorstellen, „Beschäftigungsförderung“ wäre die passende Antwort, mit staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und einer Senkung der Lohnnebenkosten, mit der „Schaffung von neuen Arbeitsplätzen“ durch Teilzeit- und Leiharbeit, oder wie auch immer. Über eine gewisse Absurdität muss man sich dabei allerdings schon hinwegsetzen: Wenn es nicht mehr so viel zu tun gibt, das Nötige von weniger Leuten in kürzerer Zeit zu erledigen ist – warum braucht dann überhaupt jeder Arbeit und so viele vollgepackte Arbeitsstunden, um leben zu können? Dass weniger Arbeit ersparte Mühe bedeutet: Warum gilt die Gleichung nicht?

Es liegt eben doch noch etwas anderes vor als eine „soziale Problemlage“, und jeder weiß auch was: Dass so viele Leute keine Arbeit finden, liegt an einem ökonomischen Problem. Arbeit unterbleibt, wenn sie nicht rentabel ist, wenn sie dem Unternehmen, in dem und für das sie stattfindet, nicht genügend Geldertrag einbringt. Wenn das so ist, dann findet Arbeit aber auch nur deswegen statt, weil und damit sie einem Unternehmen Gelderträge verschafft. Aus keinem anderen Grund unterbleibt sie dann eben auch, wenn sie nämlich nicht genügend Geld bringt.

Man sollte deswegen auch nicht die Rede vom sozialen Problem „Arbeitslosigkeit“ für die Sache nehmen und mehr Anstrengungen für „Beschäftigung“ einklagen. Die Absurdität des Systems, der Grund seiner Schädlichkeit für die Masse seiner Insassen, liegt nicht darin, dass Arbeit nicht stattfindet, wenn sie nicht rentabel ist, sondern dass sie stattfindet, weil es um Rentabilität geht. Seine soziale Gemeinheit beginnt nicht damit, dass die Leute, die Arbeit brauchen, oft keine finden; sie besteht schon darin, dass sie eine bezahlte Arbeit brauchen. Dass sie dann noch nicht einmal sicher sein können, eine zu finden, folgt daraus von ganz allein.